

Bombenangriffe auf Zivilisten : 4'500 Parlamentarier von HI zum Handeln aufgerufen

Genf, 20. September 2018.

HI ruft 4'500 Parlamentarier dazu auf, sich gegen Bombenangriffe auf Wohngebiete einzusetzen – eine Praxis, die in aktuellen Konflikten systematisch geworden ist und zu 92 Prozent Zivilisten trifft und tötet oder verletzt. Die politischen Entscheidungsträger müssen aktiv werden und dieser Praxis ein Ende setzen. Zu diesem Zweck fordert HI von den Parlamentariern in acht Ländern, Stellung zu beziehen, indem sie [die Petition 'Stop Bombing Civilians'](#) unterzeichnen und Druck auf ihre Regierungen auszuüben, um ein Ende von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten voranzutreiben.

Diese politische Kampagne führt HI seit dem 1. September in acht Ländern durch: Deutschland, Belgien, Kanada, USA, Frankreich, Luxemburg, Vereinigtes Königreich und Schweiz. Die Organisation will den politischen Entscheidungsträgern bewusst machen, welche humanitäre Katastrophe sich aus dem Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten ergibt.

In der Schweiz sucht HI die Unterstützung der National- und Ständeräte in diesem historischen Kampf, sodass die Schweiz eine führende Rolle beim Schutz von Zivilisten vor den Folgen explosiver Waffen einnehmen wird. HI lädt die Abgeordneten ebenso dazu ein, ihre Unterstützung durch eine öffentliche Unterschrift der Petition [„Stop Bombing Civilians“](#), zum Ausdruck zu bringen.

Die Schweiz ist Mitglied einer Gruppe von 12 Staaten, die seit mehreren Jahren in der Ausarbeitung einer politischen Erklärung ist. Deren Ziel ist es, der Verwendung von Explosivwaffen in Wohngebieten ein Ende zu setzen. Dieser Prozess wird offiziell vom UN-Generalsekretär unterstützt. HI lädt die Schweizer Regierung ein, sich stärker für den Schutz der Zivilbevölkerung zu engagieren und eine klare Position im Kampf gegen die Bombardierungen von Zivilisten in bewohnten Gebieten einzunehmen.

„Bei 92 Prozent zivilen Opfern kann man nicht von Kollateralschäden sprechen. Bombenangriffe und Beschuss werden in den aktuellen Konflikten fast systematisch angewendet und verletzen und töten fast ausschliesslich Zivilisten: Männer, Frauen, Kinder, die nicht in die Kämpfe verwickelt sind und die vor den Auswirkungen des Krieges geschützt werden müssten. Mit dieser politischen Kampagne an Parlamentarier hoffen wir, die politischen Kräfte zu sensibilisieren, mehr Bewusstsein zu schaffen und die politische Debatte anzuregen. Ebenso wollen wir, dass sich die Politiker deutlich positionieren und politische Lösungen für die Problematik suchen“, erklärt Petra Schroeter, Geschäftsführerin von HI Schweiz.

Bombenangriffe in Wohngebieten

Die aktuellen Konflikte spielen sich immer mehr in städtischen Gebieten ab. Der Einsatz von Explosivwaffen ist dabei beinahe systematisch geworden. Die Bombenangriffe in Wohngebieten haben verheerende Folgen für Zivilisten: Menschen werden getötet oder schwer verletzt, tragen bleibende Behinderungen und psychische Traumata davon; ausserdem kommt es zur Flucht der Bevölkerung, zur Zerstörung wichtiger Infrastrukturen wie beispielsweise Krankenhäuser und Schulen und es bleiben explosive Kriegsreste zurück, die ganze Gegenden verseuchen.

Zum Beispiel mussten über 800'000 Menschen zwischen Oktober 2016 und Juli 2017 bei der Militäroffensive auf die irakische Stadt Mossul fliehen. Es wird geschätzt, dass die explosiven Kriegsreste mehr als acht Millionen Tonnen Trümmer verseuchen, was die Rückkehr der Bevölkerung und den Wiederaufbau der zerstörten Stadt stark behindert. In Syrien wurden Städte wie Kobane, Rakka und Homs durch den intensiven Einsatz von explosiven Waffen verwüstet. Die Räumung der Kriegsreste und der Wiederaufbau werden Jahrzehnte dauern.

92 Prozent der Opfer von Bombenangriffen in bewohnten Gebieten (besonders Städten) sind Zivilisten: Männer, Frauen und Kinder, die verzweifelt versuchen, vor den Kämpfen zu fliehen. Das ist inakzeptabel. Die Staaten müssen das humanitäre Problem erkennen, das durch die Verwendung von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten entsteht. Sie müssen aktiv werden, um politische Lösungen für ein Ende dieser Praxis zu finden und dafür Sorge tragen, dass Zivilisten bei Kriegshandlungen geschützt werden, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt.

Die Kampagne „Stop bombing civilians“

Seit 2016 führt HI eine internationale Kampagne durch, die „Stop!“ zu Bomben auf Wohngebiete sagt. Ziel der Organisation ist es, 1 Million Unterschriften zu sammeln und sie an die Vereinten Nationen zu übergeben. HI agiert im Rahmen der Koalition INEW (Internationales Netzwerk zu Explosivwaffen), die Staaten dazu auffordert, der Verwendung von explosiven Waffen in bewohnten Gebieten ein Ende zu setzen.

Weitere Informationen unter: <https://handicap-international.ch/de/sagen-sie-nein-zu-bomben-auf-wohngebiete>

Zu Handicap International

Handicap International (HI) ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in Situationen von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Konflikten und Katastrophen interveniert. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung und andere besonders hilfsbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Grundrechte besser respektiert werden.

Seit ihrer Gründung setzt sich HI in ca. 60 Ländern mit Entwicklungsprogrammen ein und interveniert in unzähligen Notsituationen. Am 24. Januar 2018 nennt sich das internationale Netzwerk Handicap International „Humanity & Inclusion“. Das globale Netzwerk besteht aus nationalen Vereinen, in Kontinentaleuropa mit dem Namen „Handicap International“ (Frankreich, Deutschland, Schweiz, Belgien und Luxemburg) und in Kanada, USA und Grossbritannien mit dem Namen „Humanity & Inclusion“.

HI ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat, und aktives Mitglied der internationalen Koalition gegen Streubomben (CMC). 2011 wurde die Organisation mit dem Conrad N. Hilton Humanitarian Prize ausgezeichnet.

In Genf symbolisiert **Broken Chair** den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an den Zivilbevölkerungen verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Anfrage von HI ist eine Herausforderung adressiert an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.